



**HAUPTFEIND: MOBILITÄT**

# Grüner Marsch in die Betonwüste

Von WOLFGANG PRABEL | Der verwunderte Zeitungsleser stolperte diese Woche über erstaunliche News vom Grünenparteitag. Man hatte immer so die verschwommene Vorstellung, daß es sich um eine naturliebende Sekte handelt, deren Gläubige Gemüse ziehen, Käfer beobachten, Imkern, kratzige Pullover stricken, Vogelhäuschen bauen und am liebsten im Grünen wohnen. Hausgärten sind anerkannterweise oft artenreichere Biotope als die Feldflur, wenn man nicht gerade wöchentlich das Gras mäht und alles mit Thujahecken zupflanzt. Bei Ernte aus dem eigenen Garten braucht es keine aufwändigen Ökosiegel und keine der vom Grünfernsehen verworfenen Plastiktüten. In Kriegs- und Krisenzeiten kommt man mit Selbstversorgung über die Runden. Pro Person reichen 250 Quadratmeter Garten für Haus und Grundversorgung. Alles Argumente für das Häuschen im Grünen.

Das wollen die Grünen aber nicht mehr. Sie fluten Deutschland mit Asylanten und wollen wegen dem angeblich entstehenden Platz- und Ressourcenmangel (eine Neudefinition von „Volk ohne Raum“ und spätfeudalen Malthusianismus) folgerichtig die enge Batteriehaltung der Leute in lebensfeindlichen Stapelsilos.

Für 80 Mio Einwohner bräuchte man gemäß obigem Überschlag

80.000.000 x 250 qm = 20 Mrd. Quadratmeter Grundstücksfläche, wenn alle im Grünen wohnen würden. Das sind 2 Mio Hektar oder 20.000 Quadratkilometer. Etwa die Hälfte davon gibt es schon. Gemessen an der Größe der Bundesrepublik von 358.000 Quadratkilometern ist das nichts. Dazu käme noch etwas Erschließungsfläche, also Straßen und Wege. Schon jetzt sind 50.000 Quadratkilometer (knapp 14 Prozent) Siedlungs- und Verkehrsfläche bei einer im europaweiten Vergleich sehr geringen Eigentumsquote an Wohnraum.

Nun kann man über die Motivation der Grünen rätseln: Wollen sie alle unternehmenslustigen und bauwütigen Leute aus dem Land treiben, um den von den Identitären behaupteten Bevölkerungsaustausch schneller hinzubekommen? Oder wollen sie Platz für ihre subventionierten Windmühlen schaffen, um noch schneller auf Kosten Anderer reich zu werden? Haben sie in der Tradition der 68er einen Haß auf die Marktwirtschaft und die Freiheit? Oder wollen sie den Bürgern nur den Spaß und die Lebensfreude verderben, damit alle so mißmutig und verdrießlich dreinschauen wie Hungerrenate? Wollen sie eine abhängige Spezies schaffen, die in städtischen Wohnwaben auf karge Kartoffelzuteilungen der Partei angewiesen ist? Wahrscheinlich von jedem ein bißchen.

Die 68er Steinzeitkommunisten, die Mao und Pol Pot hinterherliefen, sind extrem verbohrt und machtfixiert. Sie wollen anderen Leuten ihren Willen aufzwingen. Es entsteht dann so eine Farm der Tiere, wo die günen Schweine gleicher sind und Privilegien genießen. Von der SED konnten sie, was Mangelverwaltung und deren Sinn betrifft, aus den Archiven der Stasi viel lernen. In der Zone wurden viele Dinge absichtlich verknappt, damit die Leute bei den Bonzen betteln mußten, wenn sie was brauchten. Am effektivsten war die Monopolisierung des Transportwesens, um die Leute gefügig zu machen. Jeder Kleinbauer, der im 18. Jahrhundert ein Pferd oder einen Esel hatte, war freier, als der Bewohner eines sozialistischen Staats ohne ein Gespann. Das haben die Grünen bei der

Auswertung der Unterlagen der Stasi gelernt und darum ist die Mobilität ihr Hauptfeind. Und das Haus im Grünen verlangt nun einmal Mobilität.

Seit 2015 ist ein verstärkter Drang raus aus den Städten aufs Land entstanden, der auch mit der verschlechterten Sicherheitslage im innerstädtischen Raum und in den Schulen zu tun hat. Wer kann, der türmt. Trotz exorbitanter Baupreise wird auf dem Land vermehrt gebaut, auch wenn von den Medien das blanke Gegenteil behauptet wird. Neue Baugebiete werden jedoch kaum noch ausgewiesen. Es wird in den nächsten Jahren ein massiver Konflikt wegen der repressiven Baulandpropaganda der Altmedien entstehen.

---

(Im Original erschienen auf [prabelsblog.de](http://prabelsblog.de))

---



## **Joachim Kuhs (AfD): „Trump zeigt erneut, wie es gehen kann“**

Die US-Regierung sieht im israelischen Siedlungsbau im Westjordanland keinen Verstoß gegen internationales Recht mehr. US-Außenminister Mike Pompeo verkündete die Kehrtwende am Montag in Washington ([Video](#)).

Nach Analyse der Rechtslage sei seine Regierung zu dem Schluss gelangt, dass die jüdischen Siedlungen im Westjordanland nicht „per se“ im Widerspruch zum internationalen Recht stünden.

Der AfD-Europaabgeordnete Joachim Kuhs, der sich bereits im August im Rahmen einer Israel-Reise der AfD [ähnlich geäußert](#) hatte, begrüßte gegenüber diesem Blog die Entscheidung: „Die Siedlungen in Judäa und Samaria als illegal zu bezeichnen und die tapferen Siedler als Besatzer zu diffamieren, sollte endgültig der Vergangenheit angehören. Trump zeigt erneut, wie es gehen kann.“

## **Jerusalem gehört den Juden**

Angesichts der aktuellen medialen und politischen Diskussion wird immer wieder behauptet, der Bau israelischer Siedlungen in Judäa und Samaria (auch Westbank oder Westjordanland genannt) verstoße gegen das Völkerrecht im Bezug auf besetzte Gebiete. PI-NEWS geht hier bar jeder Emotionen einmal den bloßen Fakten nach – und beleuchtet Behauptungen und Tatsachen, die die unterstellte Völkerrechtswidrigkeit widerlegen und [den USA in ihrer Sicht recht geben](#) und die [EU-Lügen](#) strafen.

So schreibt [Arthur Cohn in Cicero](#) zum Thema: »In aller Deutlichkeit muss daran erinnert werden, dass der Völkerbund – dessen Entscheidungen von der Uno übernommen wurden (Artikel 80 der Uno-Charta) 1920 in San Remo klar festgelegt hatte, dass Juden sich in allen Gebieten Palästinas ansiedeln können. Es handelt sich also bei diesen Gebieten nicht um „occupied territories“, und der Bau von Siedlungen dort widerspricht nicht dem internationalen Recht. Der mit vielen bedrückenden Assoziationen verbundene Ausdruck „occupation“ oder „Besetzung“, wonach die Westbank „gestohlenes“ Land ist, muss demnach bei politischen Diskussionen gestrichen werden...

Dennoch hält sich die Annahme: „Jerusalem ist eine arabische Stadt, und Juden dürfen dort nicht bauen.“ Dies ist eine

völlig unhaltbare Feststellung. Seit Jahrtausenden beten Juden in aller Welt auf Jerusalem ausgerichtet – nicht zuletzt für das Wohl ihrer Heiligen Stadt und in der Hoffnung, bald wieder in diese „Stadt des Friedens“ (uru-salem) zurückkehren zu können.

### **Vom Siedlungsstopp ist in den Osloer-Verträgen keine Rede**

In den 2000 Jahren seit der römischen Herrschaft haben Juden fast ununterbrochen in der Heiligen Stadt gewohnt, und seit 150 Jahren bilden sie wieder die Mehrheit in Jerusalem. Den Arabern hingegen war Jerusalem bis 1967 kein bedeutendes Zentrum. Die Stadt wird im Koran kein einziges Mal erwähnt, und während der unrechtmäßigen jordanischen Herrschaft von 1948 bis 1967 über sie hat außer – naturgemäß – dem jordanischen König Abdallah kein einziger arabischer Repräsentant sie besucht. Erst 1967, als – nach einem erneuten Angriff der arabischen Staaten – Israel die Verwaltung der Stadt übernahm, wurde das Interesse der Araber an Jerusalem plötzlich enorm groß. Aber auch danach war immer klar, dass Jerusalem für die Araber keine aufrichtige Bedeutung hat: Als der ägyptische Präsident Anwar al Sadat bei seinem historischen Besuch in Israel 1977 nach Jerusalem kam und auf dem Tempelberg betete, wandte er sich?... nach Mekka.

Was aber ist von der Aussage zu halten „Der Siedlungsbau verhindert die Fortsetzung der Friedensgespräche“? Die absolute Gegnerschaft gegen Israels Existenz hat den jüdischen Staat seit seiner Gründung 1948 begleitet. Die PLO (Palestinian Liberation Organization), der Vorläufer der Arafat-Abu-Mazen-Autonomie, wurde 1964 gegründet, also zu einer Zeit, als es noch keine „besetzten“ Gebiete gab. Es sei denn, man erachtet ganz Israel, also auch Tel Aviv, Haifa und Beerscheba, als ungesetzlich besetztes Gebiet! Aber am wichtigsten ist: In den Oslo-Abkommen, auf die sich die palästinensisch-israelischen Friedensbemühungen stützen, ist keine Rede von einem Siedlungsstopp als Bedingung für Friedensverhandlungen. Es ist dort ausdrücklich festgehalten,

dass die Siedlungsfragen erst in der letzten Phase der Friedensverhandlungen diskutiert werden sollen.

### **Siedlungen – Rechtslage bei vorausgesetztem Besatzungszustand**

Als beliebtes Argument der Siedlungsgegner wird immer wieder Artikel 49, Absatz 6 des Vierten Genfer Abkommens angeführt. Dort heißt es „Der Besatzungsmacht ist nicht gestattet, Teile der eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet zu transferieren.“ Aus dem vollständigen Wortlaut dieses Artikels und seiner Überschrift „Deportierungen, Transferierungen, Räumungen“ geht jedoch hervor, dass sich die Bestimmung gegen eine zwangsweise Ansiedlung von Zivilpersonen richtet, um die örtliche Bevölkerung vor Vertreibung zu schützen. Die Bestimmung wird dementsprechend so erläutert, dass diese Rechtsbestimmung Fälle abdecken soll, „in denen der Besatzer seine Staatsangehörigkeit in besetztes Gebiet transferiert, um die örtliche Bevölkerung zu vertreiben“ (Oppenheim-Lauterpacht, Band II, 7. Ausgabe, S. 452), was in Israel in keiner Weise der Fall ist.

Der historische Zusammenhang unterstreicht die Auslegung der Bestimmung. Das Vierte Genfer Abkommens wurde bereits vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlassen und zielte darauf ab, sich mit Zwangsumsiedlungen von Menschen auseinanderzusetzen, wie sie vor und während des Zweiten Weltkriegs in der damaligen Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn vorkamen, vor allem auch durch das Nazi-Konzept der Schaffung eines rein deutschen Siedlungsgebietes in eroberten Ländern Osteuropas. In dem maßgeblichen Kommentar des IKRK (Internationale Kommission des Roten Kreuzes) heißt es, daß mit Absatz 6 „eine Praxis verhindert werden sollte, die während des Zweiten Weltkrieges von bestimmten Mächten angewandt wurde. Teile der eigenen Bevölkerung wurden aus politischen und rassistischen Gründen und, laut Angabe, zu dessen Kolonisierung in besetztes Gebiet transferiert“ (Kommentar: IV Genfer Abkommen Hrsg. Pictet, 1958, S. 283).

Hieraus geht hervor, dass der Artikel 49 auf die jüdischen Siedlungen in den Gebieten nicht zutrifft. Darüber hinaus ziehen jüdische Einwanderer freiwillig in diese Gebiete und die jüdischen Siedlungen zielen nicht darauf ab, arabische Bewohner zu vertreiben. Im Gegenteil: oft werden unbewohnten Berge von Juden besiedelt, die durch den Prozeß der Verkarstung unfruchtbar wurden und von den arabischen Bewohnern gemieden und als minderwertigstes Land eingestuft werden.

Also selbst beim Anlegen des strengen Maßstabes der völkerrechtlichen Bestimmungen für Besatzungen entsprechen die Siedlungen in Judäa und Samaria dem Völkerrecht.

(Quellen: [Mena-Watch](#); [Cicero](#); [Zionargumente](#))

Für Einsteiger empfohlen:

---



## Terror-Syrer (26) in Berlin verhaftet

Bundeskriminalamt und GSG 9 haben in Berlin-Schöneberg den 26-jährigen Syrer Abdullah H. wegen dringendem [Terrorverdacht festgenommen](#). Er wollte mit hochexplosivem Sprengstoff in Deutschland „eine möglichst große Anzahl an Menschen töten und verletzen“ heißt es seitens der Behörden.

Der Terrorverdächtige war an einer Grundschule in der Hauptstadt als Reinigungskraft beschäftigt. Zuvor habe er bis September im Berliner Bode-Museum gearbeitet.

Der Tipp auf den Syrer, der 2014 nach Deutschland kam, war vor Monaten von einem ausländischen Geheimdienst gekommen. Seitdem hatten ihn die deutschen Sicherheitsbehörden im Visier. Und das wird ihm nach Angaben der Bundesanwaltschaft vorgeworfen:

- Er soll in einer Messenger-Gruppe Anleitungen zum Waffen- und Bombenbau ausgetauscht haben.
- Der Syrer soll mit Chatteilnehmern darüber gesprochen haben, Sprengstoff gegen Ungläubige und Juden einzusetzen.
- Der als „Radikal-Islamist“ eingeschätzte Mann soll bereits seit Januar 2019 Chemikalien zum Bau der Bomben besorgt haben.

Offenbar geht es vor Weihnachten Schlag auf Schlag. [Erst vor einer Woche](#) hatte die hessische Polizei drei mutmaßliche Anhänger der Terrormiliz IS festgenommen. Die Männer versuchten demnach, sich Schusswaffen zu besorgen und bereiteten die Herstellung von Sprengstoff vor. Es zeigt sich wieder einmal, dass auch viele Jahre Schutz vor Verfolgung und eine Rundumversorgung nicht ausreichen, jeden „Flüchtling“ zu integrieren.





# Erfurt: Pakistaner bestätigt BPE-Aufklärung über Politischen Islam

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Bei der Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) am vergangenen Freitag in Erfurt hat sich viel Denkwürdiges ereignet. Mehrere modern eingestellte Moslems und auch ein Aussteiger meldeten sich am Mikrofon zu Wort. Ein türkischstämmiger stand dazu, dass er den Islam voller Überzeugung verlassen habe. Ein Afghane bestätigte, dass es gefährliche Bestandteile im Islam gebe. Ein pakistanischstämmiger, der sich als deutscher Patriot bezeichnete, stellte fest, dass die BPE keinerlei „Hetze“ betreiben würde, sondern nur berechtigt warne (*siehe Video oben*).

Der Redebeitrag dieses Mannes ist einer der Höhepunkte der diesjährigen BPE-Tour. Es lohnt sich, diese Viertelstunde ganz anzusehen. Er widerlegt auch den immer wieder vorgebrachten Vorwand von fundamental eingestellten Moslems, man könne den Koran „nur auf arabisch“ verstehen. Der Deutsche mit pakistanischen Wurzeln sagt ganz klar, dass dies natürlich in jeder Sprache möglich sei, alles andere wäre ja extrem unsinnig. Er bestätigte, dass viele bedenkliche Befehle wie zum Beispiel das Schlagen von widerspenstigen Frauen in ihm stünden.

Es könne nicht sein, dass unsere Demokratie von Allahu-Akbar-schreienden Menschen bedroht werde. Moslems sollten sich den deutschen Gepflogenheiten anpassen und sich freuen, hier viele Freiheiten genießen zu können. Staat und Religion müssten unbedingt strikt getrennt werden.

Er schlug vor, sich die guten Sachen aus dem Koran herauszupicken und dessen negative Elemente in den Gedanken

wegzustreichen. Ob das freilich ausreicht, steht auf einem anderen Blatt. Er berichtete, dass sich die Ahmadiyya wörtlich an den Koran halten würden, was für ihn auch der Grund gewesen sei, dort auszutreten. Eine junge 20-jährige Ahmadiyya, die einen Deutschen zum Freund gehabt hätte, sei von ihrem Vater, Onkel und Bruder erwürgt worden.

Ein Verbot des Politischen Islams sei seiner Meinung nach aber zu radikal. Er setze auf Aufklärung und Bildung, dass die 1400 Jahre alten Befehle heute nicht mehr anzuwenden seien. Man dürfe heute nicht mehr eins zu eins nach dem Koran, sondern nach der Logik leben. In seiner früheren Heimat würden die Pakistaner moderner leben als die bei uns Eingewanderten, die sich stärker auf ihre religiösen Traditionen besinnen würden.

Diese hochinteressanten Diskussionen, die sich bei den BPE-Kundgebungen ergeben ([hier der gesamte Livestream](#) aus Erfurt bei EWO), müssten eigentlich über die großen TV-Sender einem Millionenpublikum zugänglich gemacht werden, damit endlich das große Problem des Politischen Islams in den Fokus der Öffentlichkeit gerät und die verantwortlichen Politiker dieses Landes an die Lösung dieser existentiellen Gefährdung herangehen.



Michael  
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist

u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)

---



## **Kabarettist Dieter Nuhr kritisziert deutschen Meinungskorridor**

Der Kabarettist Dieter Nuhr hat im [Interview mit dem „Tagesspiegel“](#) die faktische Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland kritisiert. Der 59-jährige sagt: „Wenn Sie bei uns etwas sagen, was dem Mainstream links und rechts widerspricht, kommen Sie zwar nicht ins Gefängnis, aber es wird massiv versucht, sie sozial zu vernichten. Man wird bewusst falsch etikettiert, beleidigt, bedroht.“

Der Kosmopolitismus des derzeitigen deutschen Mainstreams sei zudem nicht problemlösend. Er werde vielmehr im Ausland eher belächelt: „In Deutschland glaubt man immer noch, dass jeder

Einzelne die Welt retten muss. Aber die Welt will gar nicht von uns gerettet werden. Kein Mensch in China ruft: 'Oh, diese Probleme, wann helfen uns endlich die Deutschen?!' Ich habe auf Reisen gelernt, wie vermessen diese Weltretterattitüde ist.“

Nuhr ist Gründungsmitglied der Grünen. Er erregte 2014 Widerspruch mit kritischen Äußerungen über den Islam und 2019 mit scherzhaften Bemerkungen über Greta Thunberg. Er fordert eine Veränderung der deutschen Diskussionskultur:

„In Deutschland gab es schon immer zahlreiche Menschen, die keine Haltung, sondern einen Gerichtshof im Kopf haben. Oder noch schlimmer: Sie urteilen nicht, sondern gehen gleich über zur Exekution. Ich bin absolut kritikfähig und jedem Argument gegenüber offen.“ *(mr)*



## **Nach Atomkraft und Diesel: Jetzt ist der Straßenbau auf der Abschlusliste**

Von EUGEN PRINZ | Eines muss man Bundeskanzlerin Merkel lassen: Ihre Methoden, dieses Land herunter zu wirtschaften, könnten nicht effektiver sein. Sie gönnt uns Deutschen keine Atempause. Der letzte Tiefschlag ist noch nicht einmal richtig verdaut, schon wird man erneut vom Einfallsreichtum dieser

Regierung kalt erwischt und muss seine Meinung revidieren, schlimmer könne es ohnehin nicht mehr kommen.

### **Abschluss der sicheren Energieversorgung**

Eine sichere, preisgünstige und stabile Energieversorgung mit Atom- und Kohlekraftwerken wurde ersetzt durch ein Flickwerk aus Solaranlagen, die bei Dunkelheit in Frieden ruhen und Windrädern, die bei Flaute keinen Mucks machen. Wenn letztere in Betrieb sind, schreddern sie Vögel und Insekten. Das ganze wird abgerundet durch ein Stromnetz, das dafür konzipiert wurde, von leistungsstarken Kraftwerken die eingespeiste Energie zu den Verbrauchern zu liefern und nicht, von Hundertausenden privater Solarfunzeln kleine Pipifax-Dosen verpasst zu bekommen und diese dann auch noch verteilen zu müssen. Und damit die Bundesbürger mit der „Energiewende“ auch so richtig Freude haben, jagt man den Strompreis jedes Jahr auf neue Rekordhöhen.

### **Abschluss des Verbrennungsmotors als tragende Säule der Wirtschaft**

Als nächstes steht der Verbrennungsmotor und damit das Rückgrat der deutschen Wirtschaft auf der Abschussliste. Ersetzt wird der zuverlässigste Motor, den es je gab, durch Akku-Kutschen, deren Nachteile und nicht behebbare Mängel aufzuzählen, den Rest dieses Artikels in Anspruch nehmen würde. Und damit die Leute gezwungen sind, diesen sündhaft teuren Irrweg der „Ingenieurskunst“ mitzugehen, dreht man bei Diesel und Co. mit einer [perfiden Gesetzgebung](#) an der Preisschraube und macht die Verbrenner in der kommenden Dekade für Otto Normalverdiener unerschwinglich.

### **Jetzt geht es dem Straßenbau an den Kragen**

Wer nun geglaubt hat, der Merkel-Regierung würde diese Weichenstellung in Richtung Dritte Welt Land bereits genügen, der sieht sich getäuscht. Was noch fehlt, ist das ohnehin schon sanierungsbedürftige, über 800.000 km lange deutsche Straßennetz völlig verkommen zu lassen, indem man die „Teerkolonnen“ lahmlegt.



Dazu dient eine [neue Vorschrift aus dem Bundesarbeitsministerium](#), die Straßenbauarbeiter künftig besser vor Asphalt-Dämpfen schützen soll. Geplant ist, ab dem Frühjahr 2020 für Bitumendämpfe einen Grenzwert von 1,5 Milligramm je Kubikmeter Luft einzuführen. Bei der ordnungsgemäßer Verarbeitung von heißem Asphalt werden jedoch 8 bis 12 Milligramm je Kubikmeter freigesetzt.

Das Problem: Je höher die Verarbeitungstemperatur des Asphalts, desto höher die freigesetzte Menge an Bitumendämpfen. Um eine gute Qualität des Asphalts zu gewährleisten, ist eine Verarbeitungstemperatur von 200 Grad jedoch zwingend nötig. Bleibt man darunter, sinkt die Qualität in einen technisch nicht mehr zulässigen Bereich.

Ein „temperaturabgesenkter Asphalt“ sei anfälliger für Schäden und zudem „nicht vom gültigen technischen Regelwerk des Straßen- und Verkehrswesens abgedeckt“, so die Präsidenten des Baugewerbe-Zentralverbands ZDB und des Hauptverbands der Bauindustrie, Reinhard Quast und Peter Hübner, in einem Brandbrief an Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU), Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU). Darin heißt es weiter:

*„Sollte der neue stark verschärfte Grenzwert für Asphaltstäube bald in Kraft treten, müssten wir fast den gesamten Straßenbau einstellen“*

## **Keine Lösung in Sicht**

Eine mögliche technische Lösung des Problems wäre, jede Teemaschine mit einer „Absaugeinrichtung“ auszustatten. Falls so etwas überhaupt praktikabel ist, kann das jedoch nie und nimmer bis zum Frühjahr 2020 geschehen. Zudem werden dafür Kosten in Höhe von 500.000 Euro pro Maschine veranschlagt.

Der Baugewerbe-Zentralverband und der Hauptverband der Bauindustrie haben deshalb um eine achtjährige Übergangsfrist gebeten, damit während dieses Zeitraums der Maschinenpark gegebenenfalls schrittweise erneuert werden kann.

Wie es in dieser Sache weitergeht, wird sich möglicherweise im Laufe der Woche bei der Tagung des fachlich zuständigen Gefahrstoff-Ausschuss des Arbeitsministeriums entscheiden. Ansonsten liegt es an SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil und dem CSU-Verkehrsminister Andreas „Maut“ Scheuer, eine Lösung zu finden. Wenn das nicht gelingt, droht auf den vielen Straßenbaustellen Deutschlands der Stillstand und die Asphaltierer können sich auf dem Arbeitsamt über die neuen Grenzwerte zum Schutz ihrer Gesundheit freuen.



Eugen Prinz  
im Mai 2019  
auf dem

Kongress der  
Neuen Medien  
in Berlin.

*[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

» [Twitter Account des Autors.](#)